



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 560 Anfrage Häfliger-Kunz Priska und Mit. über den Entscheid zur Nichtdurchführung von obligatorischen Schullagern bis Ende Schuljahr 2020/2021 aufgrund der Pandemie / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 560 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 3 Stimmen zu.

Die Anfrage A 560 und das Postulat P 564 von Priska Häfliger-Kunz über den Entscheid zur Nichtdurchführung von obligatorischen Schullagern bis Ende Schuljahr 2020/2021 aufgrund der Pandemie werden als Paket behandelt.

Priska Häfliger-Kunz ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 564 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Priska Häfliger-Kunz hält an ihrem Postulat fest. Noëlle Bucher beantragt Ablehnung.

Priska Häfliger-Kunz: Vielen Dank für die Beantwortung des Postulats und der Anfrage. Der Regierungsrat beantragt die teilweise Erheblicherklärung. Ich halte jedoch an meinem Postulat fest. Ich begrüsse es sehr, dass der Regierungsrat bereit ist, auf seinen Entscheid betreffend die Durchführung von Klassenlagern an der Volksschule im laufenden Schuljahr 2020/2021 zurückzukommen und diese unter Auflagen wieder zu ermöglichen. Ich bin sicher, viele Lernende, aber auch Lehrpersonen freuen sich über den Entscheid und hoffen, dass weitere Lockerungen im nächsten Rahmenschutzkonzept möglich sind. Im Schutzkonzept der Volksschulbildung von März und April 2021 wird die Durchführung von Klassenlagern nicht ermöglicht. Dies ist – wie aus der Antwort des Regierungsrates ersichtlich – auch auf Druck des Verbandes der Schulleiter im Hinblick auf die Planungssicherheit bereits vor den Frühlingsferien entschieden worden. Das war zu früh im laufenden Schuljahr. Das Pandemiejahr hat uns gezeigt, dass Planungssicherheit in diesen Zeiten in allen Bereichen ein Wunschdenken ist. Das haben auch die unterschiedlichsten Vereine und Organisationen nicht, welche sich für die Durchführung von Pfingst- und Sommerlagern in der ganzen Schweiz engagieren. Trotzdem organisieren viele noch Lager, wie eine grosse Anzahl von Anmeldungen beim Lagerdraht bei der «Luzerner Zeitung» zeigt. Seit dem Entscheid und der Eingabe der Anfrage und des nachfolgenden Postulats sind bereits fast zwei Monate vergangen. Die Petition «Durchführung von Klassenlagern» mit 2500 Unterschriften und vielen Rückmeldungen auf die politisch breit abgestützten Vorstösse zeigen, dass das Thema die Bevölkerung beschäftigt und bewegt. In einem Brief der Pro Juventute und der Klassenlehrpersonen an Regierungsrat Marcel Schwerzmann wird die Wichtigkeit von Schullagern und Klassenlagern für Jugendliche unterstrichen und darum gebeten, den Entscheid zu überprüfen. In der Antwort werden auch Auflagen und

Regelungen für die Durchführung von Klassenlagern für das laufende Schuljahr aufgezeigt. Klassenlager im Klassenverband und deren Durchführung geografisch im Kanton Luzern können von der Schulleitung bewilligt werden. Diese Regelungen gelten aber nicht für die umliegenden Kantone. Eine Koordination zumindest innerhalb der Zentralschweizer Kantone wäre zu begrüssen. Dass nach langer Zeit des Fernunterrichts alles unternommen worden ist und der Präsenzunterricht an den Volksschulen die meiste Zeit aufrechterhalten werden konnte, ist wichtig für alle Lernenden an den Volksschulen. Alle Beteiligten sind über ein Jahr lang schon stark gefordert. Welche Entscheidungen wann getroffen werden, ist eine Herausforderung. Mit den aktuell sinkenden Fallzahlen, dem immer grösser werdenden Anteil geimpfter Personen sowie dem regelmässigen Testen und den zielgerichteten Schutzkonzepten soll den Jugendlichen und jungen Menschen wieder ein Teil der Normalität zurückgegeben werden. Das kann auch eine freiwillige Teilnahme am Klassenlager sein. Deshalb hält die CVP an der Erheblicherklärung des Postulats P 564 fest.

Noëlle Bucher: Es ist der 7. Juni 2021, ich bin Sekundarlehrerin und fahre mit meiner Klasse, einer 3. Sekundarklasse, ins Klassenlager, also mit einem Teil meiner Klasse. Lara, Leona und Leo sind nicht dabei. Ihre Eltern waren dagegen, dass sie den ganzen Tag eine Maske tragen müssen. Tim, Kim und Jim bleiben auch zu Hause. Ihre Eltern wollten nicht, dass sie sich vorgängig testen lassen. Drei weitere Kinder, sie wollen anonym bleiben, kommen ebenfalls nicht mit. Ihre Eltern glauben nämlich nicht, dass das Schutzkonzept ausreicht. Immerhin müssen die Kinder die Masken in der Nacht nicht tragen, aber in der Nacht atmen doch die Kinder auch, oder warten die Aerosole mit dem Verteilen, bis es wieder hell ist? Dann sind da noch Cheyenne mit einer Glutenallergie, Sharon mit Panikattacken und Chanel mit einer Anorexie. Sie wären sowieso zu Hause geblieben. Es bleiben also noch Anna, Ella und Rosa, Annika, Gulia und Hannah und eine Handvoll Buben. Mit dem Velo machen wir uns auf den Weg. Eigentlich wäre eine Tour de Suisse geplant gewesen, einmal quer durch die Schweiz. Jetzt planen wir eine Velotour über das Ränggloch ins Eigenthal. Was für ein Glück, dass wir noch ein Lagerhaus im Kanton gefunden haben. Alle anderen Klassen der 3. Sekundarstufe in unserem Schulhaus haben weniger Erfolg gehabt und müssen zu Hause bleiben. Schon am ersten Abend merken wir: entweder wird es ein Spass im Lager, dann können wir aber das Schutzkonzept nicht einhalten. Oder wer von Ihnen hat schon einmal Flaschendreher mit Masken gespielt? Oder aber wir halten das Schutzkonzept ein, dann geht aber das Magische, das Verbindende, der Zauber des Klassenlagers verloren. Als Jonas am nächsten Tag hustet und leicht Fieber hat, bekomme ich ein mulmiges Gefühl. Ich glaube, das war keine gute Idee mit dem Lager. Ich hoffe zwar, dass der Husten die Nachwehen seiner ersten Zigarette ist, aber man weiss nie. Darum organisiere ich schnell einen Test. Einige Stunden später die Gewissheit: Jonas ist Corona-positiv. Ich wäre froh gewesen, hätte der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 11. Mai 2021 das Postulat P 564 abgelehnt. Es bringt doch nichts, wenn wir dieses Postulat heute erheblich erklären. Viel ehrlicher und fairer ist es, wenn wir am Verbot von Klassenlagern in diesem Jahr aus epidemiologischer Sicht festhalten, aber auch aus organisatorischen Gründen. Deshalb stelle ich im Namen einer Minderheit der G/JG-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

Vroni Thalmann-Bieri: Für die Zustimmung zur Dringlichkeit der beiden Vorstösse danke ich der Regierung. Dieses Thema wird heiss diskutiert und braucht eine Richtungsänderung. Lager sind doch einfach eine Zeit, an die sich die Schülerinnen und Schüler gerne erinnern, vor allem die Schulabgänger, die manchmal spezielle Lagerwochen organisieren wie zum Beispiel eine Velotour durch die Schweiz oder eine Schweizerreise per öV. Ob ein Lager durchgeführt werden soll, muss ja nicht ein Muss sein, sondern soll lediglich ein Kann bleiben. Es gibt vielleicht Schulen, Schulleiter oder Klassenlehrer, die sich das nicht mehr vorstellen können und die einer etwas schwierigeren Klasse ein Schutzkonzept nicht zutrauen wollen oder die einfach in organisatorische Zeitnot kommen, weil der heutige Entscheid zur Durchführung für ein Lager zu spät erfolgt ist. Ich weiss einfach nicht, warum der Kanton Luzern nicht mutiger ist und es offenlassen kann, ob eine Klasse ins Lager will oder auch nicht. Das Corona-Virus kennt übrigens keine Grenzen. Darum empfinden wir es

als reine Schikane, wenn die Klassenlager nur im Kanton Luzern stattfinden dürfen. Wenn das wirklich durchkommt, müsste ich sofort einen Antrag stellen, dass künftige Skitage oder Skilager auch unbedingt im Kanton Luzern stattfinden müssen. Da hätten Sörenberg und Marbach sicher mehr Freude daran, anstatt dass der Kanton Luzern als einziger Zentralschweizer Kanton seine Skigebiete geschlossen hielt. Aber selbst wenn Jugendherbergen in der ganzen Schweiz gemietet werden, sind diese gerüstet, schliesslich dürfen andere Kantone ihre Klassenlager durchführen. Es gibt nicht mehr nur die klassischen Massenlager, sondern schon Vierer- oder Sechser-Zimmer. Auch schauen die Anbieter, dass sich die Lager nicht vermischen können, oder vermieten die Räume nur an ein Lager. Zudem werden die gemeinsamen Berührungspunkte mehrmals täglich gereinigt, und sie haben ihre eigenen Schutzkonzepte. Darum lasst doch die Lager Lager sein, wenn sie das wollen und es organisatorisch möglich ist. Die SVP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats.

Angelina Spörri: Bereits vor den Osterferien hat das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) entschieden, dass Lager der Volksschulen und Gymnasien nicht stattfinden dürfen. Mit diesem Entscheid steht der Kanton in der Zentralschweiz allein da. Der Entscheid und viele Massnahmen im Zusammenhang mit der Volksschule sind für viele Lernende, Lehrpersonen, Erziehungsberechtigte und auch für die GLP nur schwer nachvollziehbar. Unverständlich finden wir nebst dem Lagerverbot, dass in der gleichen Turnhalle Sporttrainings von Vereinen ohne Maske stattfinden, die Lernenden im Klassenverband aber während des Sportunterrichts Masken tragen müssen, dass Lager während der Schulferien erlaubt sind, auch wenn sie von der Schule organisiert werden, Abschlusslager in der Schulzeit aber nicht, dass Klassen aus anderen Kantonen bei uns Lager durchführen dürfen, umgekehrt aber nicht, und dass der Kanton Luzern nicht flexibler auf die aktuelle Situation reagieren konnte und schon vor den Osterferien definitiv entschieden hat. Die Antworten sind in voller Härte in der Stellungnahme zum Postulat und in der Antwort zur Anfrage zu lesen. Es ist nicht Sache des BKD, wer mit wem und in welcher Form ausserhalb der Schulzeit in der Turnhalle trainiert. Es liegt nicht in der Kompetenz des BKD, sich zu einem Lager von ausserkantonalen Schulklassen zu äussern und allenfalls einzugreifen. Das BKD hat nur auf Wunsch von diversen Schulleitungen so früh definitiv entschieden, um Planungssicherheit zu gewähren. Die Forderung der Schulleitungen und das entsprechende Entgegenkommen des BKD können wir einigermaßen verstehen. Mich stört bei diesem ganzen Thema die fehlende Sensibilität bezüglich der Bedürfnisse der Bevölkerung. Warum wertet die Regierung eine Petition als nicht so wichtig, obwohl es für viele Betroffene, explizit die Abschlussklassen, doch ein so grosses Bedürfnis ist? Wieso wertet die Regierung Schullager so lapidar ab? Wieso erfolgt die Erklärung zum gefällten Entscheid so kurz und relativ hart in der Formulierung? Es macht den Anschein, das BKD schaue ein bisschen zu wenig über den Tellerrand hinaus. Es hat sich gezeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung, welcher ja nicht nur die Regelung innerhalb der Volksschule sieht und erlebt, genau darum diese Entscheide nicht nachvollziehen kann. Alle Entscheide kommen isoliert daher und erscheinen schlecht aufeinander abgestimmt. Auch wenn gewisse Weisungen vom Bund kommen, braucht es eine Abstimmung der Massnahmen aufeinander. Man hört es mir wohl an: mit diesem Entscheid ist die GLP nicht einverstanden und mit dem Umgang damit erst recht nicht. Der GLP-Fraktion reicht die teilweise Erheblicherklärung nicht. Wir kämpfen weiter für viele tolle Erinnerungen, anerkennen den dringenden Wunsch vieler Schulen, Lager innerhalb und ausserhalb des Kantons durchzuführen und stimmen für die Erheblicherklärung.

Urban Sager: Wir sind uns in der ganzen Schweiz darin einig, dass wir den Schulunterricht wenn irgendwie möglich aufrechterhalten wollen. Das haben wir in der Pandemie durch die zweite Welle getragen. Wenn man die internationale Lage anschaut, gäbe es durchaus auch andere Möglichkeiten. In Deutschland waren die Schulen sehr lange geschlossen. Warum waren wir uns hier einig? Wir sind uns einig, weil wir der Überzeugung sind, dass es für die Schülerinnen und Schüler ganz zentral ist, dass sie weiterhin Bildung geniessen respektive ihre Ausbildung fortsetzen können. Wir sind aber auch der

Überzeugung, dass es gerade auch für Kinder und Jugendliche zentral ist, dass sie weiterhin einen geordneten Tagesablauf haben, dass sie Aufgaben haben und dass sie soziale Kontakte pflegen können. Wir gehen also in dieser Frage bewusst ein Risiko ein, dass sich Kinder und Jugendliche infizieren. Wir treffen hier eine Abwägung und sind uns darin einig, dass der Nutzen und was die Kinder und Jugendlichen verpassen würden, zum Risiko einer Infektion nicht im Verhältnis stehen. Diese Überzeugung und dieses Abwägen haben für die SP beim Entscheid des BKD Anfang April bezüglich der Durchführung der Klassenlager gefehlt. Man hat einseitig für die Sicherheit im Bereich der Gesundheit entschieden – und auch hier isoliert nur auf das Virus bezogen –, die Klassenlager nicht durchzuführen. Die ganzheitliche Sicht und das Abwägen der Vor- und Nachteile, wie es beim Regelunterricht schweizweit getan wurde, wurden hier nicht angewendet. Darum hat sich die SP bereits im April dafür eingesetzt, dass die Abschlussklassen, also die 6. Primarklassen oder 3. Sekundarklassen, wenn immer möglich die Klassenlager sollen durchführen dürfen. Genau dort kippt nämlich für uns das Abwägen auf eine Seite, wo wir sagen müssen, dass für diese Kinder und Jugendlichen die Lager ein Erlebnis sind, das einzigartig ist. Diese Lager sind deshalb höher zu gewichten als diejenigen anderer Klassen. Der Entscheid muss gut überlegt sein, und der Austausch mit den anderen Kantonen muss gesucht werden. Wir sind in der Pandemie nicht allein. Es gibt andere Kantone in der Zentralschweiz, welche das Thema differenzierter angegangen sind. Warum hat man das nicht getan? Es ist jetzt reichlich spät. Lager wurden bereits abgesagt, Reservierungen storniert. Das führt dazu, dass ein Teil unserer Fraktion das Postulat ablehnen wird. Der Rest stimmt für die Erheblicherklärung.

Rosy Schmid-Ambauen: Die Pandemie fordert von uns viel. Gerade auf der Zielgeraden, so schätze ich die Situation aktuell ein, ist es manchmal besonders schwierig durchzuhalten. Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die teilweise Erheblicherklärung. Viele Schulen haben sich bereits organisiert und die Lager abgesagt, verschoben, andere Anlässe geplant oder eine Projektwoche organisiert. Für diese hätte das Postulat deshalb wenig Wirkung. Für einen anderen Teil der Klassen, insbesondere für Abschlussklassen, kann der Entscheid begrüsst werden. Sie dürfen im letzten Abschnitt ihrer gemeinsamen Schulzeit ein Lager durchführen. Wenn es auch strenge Vorgaben gibt, begrüssen wir diese Öffnung. Vielleicht gibt es noch weitere Erleichterungen, bis die Lager stattfinden.

Jonas Heeb: Ich spreche noch für die eher knappe Mehrheit der G/JG-Fraktion. Die Mehrheit befürwortet das Postulat. Aufgrund unserer Gespaltenheit fehlt eine Unterschrift unserer Fraktion. Das ist exemplarisch für die Forderung des Postulats. Es gibt Argumente dafür und dagegen. Letztlich ist es für uns eine Frage des individuellen Abwägens, welche Seite höheres Gewicht hat. Wie wichtig und bereichernd Klassenlager sind, ist in den Medien, im Postulat, aber auch in den bisherigen Voten genügend dargelegt worden. Niemand von uns ist Epidemiologe oder Epidemiologin. Trotzdem wagen wir zu behaupten, dass Klassenlager mit den entsprechenden Schutzkonzepten zumutbar sind. So wie Schülerinnen und Schüler jeden Tag gemeinsam im Schulzimmer sitzen, so wären sie auch in einem Klassenlager nahe beieinander. Klar können Schutzmassnahmen im Schulalltag besser eingehalten werden, aber auch dort ist die Situation wieder ganz anders, wenn die Schülerinnen und Schüler das Schulhaus verlassen und beispielsweise gemeinsam Mittagessen gehen. Generell sollte es nicht darum gehen, die verschiedenen Situationen und Gegebenheiten einer Klasse gegeneinander auszuspielen, sondern darum, wie man diese gut über die Bühne bringen kann. Ich persönlich finde die Anmerkung des Regierungsrates in der Antwort überflüssig, dass man den Wert von Klassenlagern nicht überbewerten solle, denn darum geht es schlussendlich nicht direkt. Eine Teststrategie ist eines der anzuwendenden Mittel bei der Durchführung von Klassenlagern. Dabei ist es für uns klar, dass es keinen Zwang geben darf. Die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sollen die Wahl haben, sich gegen eine Teilnahme an einem Lager zu entscheiden. Das ist für uns wichtig und in der jetzigen Situation angebracht. Ich gehe davon aus, dass sowieso viele Lager, die eigentlich stattfinden sollten, nicht durchgeführt werden und der freiwillige Verzicht so oder so breite Anwendung finden wird. Diejenigen, die ein Klassenlager durchführen

wollen, sollen dies unter den entsprechenden Schutzkonzepten und Massnahmen tun dürfen im Bewusstsein, was für eine Verantwortung sie damit tragen. Dieser Meinung ist eine knappe Mehrheit der G/JG-Fraktion, welche die Erheblicherklärung des Postulats unterstützt. Einige werden vielleicht auch für die teilweise Erheblicherklärung stimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Eine Vorbemerkung: Es wurde viel darüber diskutiert, wer welchen Entscheid gefällt hat. Die Schule wird durch die Rahmenschutzkonzepte der einzelnen Dienststellen gesteuert, also hat das BKD diesen Entscheid gemeinsam gefällt. Mit dem Einreichen der Anfrage und des Postulats wird das natürlich auf eine andere Ebene gehoben. Somit kann das BKD nicht mehr selber entscheiden, und der Entscheid ist auf Stufe Regierung zu treffen. Deswegen konnten wir in der Zwischenzeit nichts mehr sagen, und die Regierung kann sich auch erst äussern, wenn die Vorstösse eingereicht sind, und das war gestern der Fall. Es sind also drei politische Instrumente eingesetzt worden: erstens die Petition, zweitens eine Anfrage und drittens ein Postulat. Wir haben die Petition heute beantwortet, und die Petitionärin sollte das Schreiben heute in der Post finden. Kantonsrätin Angelina Spörri hat vermerkt, dass die Regierung – wahrscheinlich hat sie das BKD gemeint – die Petition nicht ernst nehme. Das stimmt natürlich nicht. Das ist eine Behauptung vonseiten der Petitionäre, weil es etwas länger gedauert hat, bis die Petition beantwortet wurde. Aber eine Petition ist eine formlose Eingabe und kann entsprechend auch rechtlich formlos beantwortet werden. Wir konnten die Petition nicht beantworten, bevor wir die Vorstösse hatten. Was ist das Ziel der Schutzmassnahmen? Wir wollen die Schülerinnen und Schüler gesund durch das Schuljahr bringen. Wir wollen den Präsenzunterricht aufrechterhalten und die Abschlussprüfungen korrekt durchführen können, damit die Anschlusslösungen gewährleistet sind. Da sprechen wir von über 50 000 Schülerinnen und Schülern und Tausenden Lehrpersonen. Das ist unser Ziel. Wenn man für so viele Personen Schutzmassnahmen treffen muss, dann kann man nicht auf jede Klasse einzeln eingehen. Das ist wohl verständlich. Bei 400 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind das deutlich über 10 Prozent, und da kann man nicht für jede einzelne Klasse ein Klassenlager beurteilen, dafür haben Sie sicher Verständnis. Zum Zeitpunkt des Entscheids: Ich erinnere Sie an letztes Jahr. Da waren wir mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht rechtzeitig entschieden zu haben. Es kamen sofort Fragen auf, wer die Umorganisation und die Stornierungen bezahlen würde. Wir wurden vom Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter gebeten, rechtzeitig zu entscheiden, damit wir eine Planungssicherheit haben. Das haben wir getan. Man kann den Entscheid gut finden oder nicht, aber es ist – so glaube ich – bei 50 000 Schülerinnen und Schülern korrekt, rechtzeitig zu entscheiden. Es gibt eine Klasse in einem Schulhaus, die sich gewehrt hat. Sie hat dies originell und gut mit einem Video getan. Das ist aber bloss 1 Volksschulklasse von 2500 Klassen. Es ist nicht so, dass sich viele Klassen gewehrt haben. Mir persönlich ist keine andere Klasse bekannt, die einen Antrag gestellt hat. Damit will ich nicht sagen, dass keine andere Klasse gerne in ein Lager ginge. Wir müssen hier einfach die Relationen sehen. Es ist auch nicht so, dass der Kanton Luzern der einzige Kanton ist, der ein Klassenlagerverbot ausgesprochen hat. Basel-Stadt erlaubt keine Lager, Basel-Landschaft erlaubt sie nur im Klassenverband, Aargau hat sie ganz verboten, Freiburg gestattet keine Übernachtungen und Graubünden erlaubt Klassenlager, dort muss aber der Führungsstab ein Schutzkonzept bewilligen. Ich bin nicht überzeugt, ob wir unseren Führungsstab mit all diesen Schutzkonzepten belasten sollten. Wir haben Ihnen einen Kompromiss vorgeschlagen, dass wir Lager im Kanton Luzern zulassen. Warum? Wir haben diese besser unter Kontrolle. Wir haben eine Verordnung. Die Schulen müssen obligatorisch Tests anbieten. Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen müssen sich jedoch nicht testen, wenn sie nicht wollen. Das Anbieten von Tests wird immer schwieriger, je weiter die Klasse weg ist. Für eine so grosse Anzahl Schülerinnen und Schüler ist es ein enormer Aufwand, solche Testungen durchzuführen. Wir sind bereit, einen Kompromiss zu machen. Wenn Sie nun öffnen, wird es jedoch bei über 50 000 Schülerinnen und Schülern Unruhe geben, denn es kommt zu Diskussionen, wer ins Lager geht und wer nicht. Die besagte Klasse nimmt nicht alle, sondern nur die Freiwilligen mit. Das Argument,

dass sich dann eine Abschlussklasse im Klassenverband noch einmal sieht, ist nicht stichhaltig. Ich hätte dann mindestens ein Klassenlager organisiert, bei dem alle mitkommen dürfen. Das hätte sozial den richtigen Effekt gehabt. Ich bitte Sie also, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.